

Sachbearbeiter: Michael Otte
Telefon: (05231) 71-2523
Fax: (05231) 71-82 2523
E-Mail: michael.otte@brdt.nrw.de

Vermerk über das Ergebnis der Prüfung des Antrages

**Zuwendungen des Landes Nordrhein-Westfalen;
Sonderprogramm Stadt und Land;
Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden, Gemeindeverbände
und Kreise nach den Förderrichtlinien Nahmobilität - FöRi-Nah (SMBl. NRW
910) und Gewährung von Finanzhilfen des Bundes für Investitionen in den Rad-
verkehr durch das Sonderprogramm "Stadt und Land"**

**Ausbau des Geh- und Radweges Paderstein / Hans-Humpert-Str. mit Brücke
über die Ottilienquelle**

OM: 2021 26 774

Antrag: Stadt Paderborn vom 20.05.2021

Das Vorhaben, für das die Zuwendung beantragt wird, ist in technischer und wirtschaftlicher Hinsicht geprüft worden. Gegen das Vorhaben bestehen bei Berücksichtigung der nachfolgenden Ausführungen keine Bedenken. Die Voraussetzungen nach den geltenden Förderrichtlinien sind erfüllt. Ein Anspruch auf Förderung wird hierdurch nicht begründet.

Die Gesamtkosten betragen: 2.567.400 EUR

Die Zuwendung wird wie folgt berechnet:

1. Höhe der zuwendungsfähigen Grunderwerbsausgaben	0 EUR
2. Höhe der zuwendungsfähigen Bauausgaben	2.181.300 EUR
3. Höhe der zuwendungsfähigen Planungsausgaben	218.100 EUR
4. Höhe der zuwendungsfähigen Ausgaben	2.399.400 EUR
5. Höhe der Zuwendungen (95,00 v. H. des Betrages der Nr. 4)	2.279.400 EUR
90,00 v. H. S&L Bundesmittel	2.159.500 EUR
5,00 v. H. S&L Landesmittel	119.900 EUR

Die verwaltungsseitige Prüfung des Verwendungsnachweises sowie die Prüfung durch den Landesrechnungshof bleiben vorbehalten. Die Aufteilung der Zuwendungen wird gesondert bekannt gegeben.

Ergänzung zum Muster 2

Einzelergebnisse der zuwendungstechnischen Prüfung der Antragsunterlagen

Siehe auch Nr. 11 dieses Vermerkes

Pos.	Bemerkungen	Gesamtausgaben [EUR]	Zwf. Ausgaben [EUR]
	aus Grunderwerb	0	0
	aus Bauleistungen: für Straßenbauarbeiten und Beleuchtung: rd. 1.725.500 € und Brückenbauwerk: rd. 476.800 €	2.202.300	2.202.300
	abzgl. siehe Nr. 11 dieses Vermerkes aus Stundenlohnarbeiten und Rundung: (11.375,00 € + 8.390,00 € + 7.190,00 €) * 19 % MwSt		- 32.000
	für Prüfungsleistungen (siehe Aufstellung vom 12.07.2021)	+ 11.000	+ 11.000
	für Verwaltungsleistungen (siehe Aufstellung vom 12.07.2021)	+ 136.000	0
	aus Planungskostenzuschuss: 10% * 2.181.300 €, siehe auch Nr. 3 dieses Vermerkes	+ 218.100	+ 218.100
		<hr/> 2.567.400	<hr/> 2.399.400

Die vorgesehenen baulichen Maßnahmen zum Ausbau des Geh- und Radweges Paderstein / Hans-Humpert-Str. mit Brücke über die Ottilienquelle, die zum Erreichen des Förderziels erforderlich werden, sind anhand

- der Antragsunterlagen (Muster 1 und 2) vom 20.05.2021 nebst
- der Anlage 2 – Erläuterungsbericht vom 19.05.2021,
- der Anlage 3 – Übersichtslageplan vom 12.05.2021
- den Anlagen 4 - Lagepläne (4.1 / 4.5 vom 04.05.2021; 4.2 / 4.3 / 4.4 vom 12.05.2021 und Entwurfsplan Brückenbauwerk (Anlage 4.6 vom 01.07.2019),
- der Anlage 5 – Regelquerschnitt vom 12.05.2021 und
- der Anlage 6 – Kostenermittlung Geh-/Radweg und Brücke,

- der Anlage 7 – Erläuterungen zur Barrierefreiheit vom 05. / 06.05.2021,
- der Anlage 8 –Bauzeitenplanung sowie
- den ergänzenden Erläuterungen gem. Schreiben vom 12.07.2021

dargestellt worden.

Auf Antrag der Stadt Paderborn vom 21.01.2022 erfolgte ein Ausnahmebescheid von Nr. 1.3 VVG zu § 44 LHO mit Datum vom 31. Januar 2022. Die Mitteilung über den Vorhabenbeginn erfolgte am 08.04.2022.

Dieser Vermerk über das Ergebnis der Antragsprüfung wird, wie die geprüften Antragsunterlagen sowie die ANBest-G, Bestandteil eines späteren Zuwendungsbescheides.

1. Auf § 26 der Vergabebestimmungen der Kommunalhaushaltsverordnung Nordrhein-Westfalen (KomHVO NRW) – Vergabe von Aufträgen – wird besonders hingewiesen. Bei der Vergabe von Aufträgen sind die kommunalen Vergabegrundsätze NRW anzuwenden. Maßgebend ist der RdErl. des Ministeriums für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung vom 28.08.2018 –304-48.07.01/01-169/18– mit Geltungsdauer bis zum 31. Dezember 2024.

Ein schwerer Verstoß gegen die VOB/VOL führt grundsätzlich zu einem Widerruf des Zuwendungsbescheides und einer Neufestsetzung der Zuwendung.

2. Voraussetzung für die Förderung ist, dass das Vorhaben gemäß Art. 49 des Gesetzes zur Gleichstellung behinderter Menschen die “Belange behinderter und anderer Menschen mit Mobilitätsbeeinträchtigung berücksichtigt und den Anforderungen der Barrierefreiheit möglichst weitgehend entspricht.“

Insofern sind die in der DIN 18040 (Teil 3) und der DIN 32984 getroffenen Festlegungen hinsichtlich der barrierefreien Ausführung von Bewegungs-, Begegnungs- und Fußgängerverkehrsflächen zu beachten. Evtl. Abweichungen von diesen Festlegungen sind zu begründen.

Mit den Anlagen 7.1 und 7.2 liegen Erklärungen sowie geplante Maßnahmen zur Barrierefreiheit vor.

Auf den Leitfaden "Barrierefreiheit im Straßenraum" wird hingewiesen. Dieser steht

auf der Internetseite des Landesbetriebs Straßenbau zur Verfügung:

<http://www.strassen.nrw.de/betrieb/lf-barrierefrei.html>

3. Planungsausgaben werden pauschal mit 10 % bezogen auf die zuwendungsfähigen Bauausgaben des Erstantrages gefördert. Die in der Übersicht ausgewiesenen zuwendungsfähigen Planungsausgaben werden hiermit festgeschrieben.
4. Ausgaben für Grunderwerb sind nicht Bestandteil des Zuwendungsantrages.
5. Nicht zuwendungsfähig sind Ausgaben für die Erhebung von Beiträgen nach § 8 KAG. Im Zuwendungsantrag wurden diesbezüglich keine Beiträge Dritter abgesetzt. Sind Anliegerbeiträge zu erheben, müssen diese bei der Abrechnung der Fördermaßnahme von den zuwendungsfähigen Ausgaben abgesetzt werden.
6. Bei der Verlegung und Änderung von vorhandenen Ver- und Entsorgungsanlagen sind die Wertausgleichsrichtlinien zu berücksichtigen.

Existieren zwischen der Kommune und Versorgungsunternehmen (VU) Konzessionsverträge mit der Regelung, dass eine Zahlungsverpflichtung des Straßenbaulastträgers für die Umlegung von Versorgungsleitungen nur für die Fälle festgeschrieben ist, in denen das Land die entsprechende Straßenbaumaßnahme fördert, so sind in diesen Fällen die Ausgaben als nicht zuwendungsfähig zu behandeln und im Schlussverwendungsnachweis entsprechend auszuweisen.

7. Die Ausgaben für die Herstellung ordnungsgemäßer Anschlüsse an den bisherigen Zustand können nur in dem Umfang als zuwendungsfähig anerkannt werden, soweit sie durch die Fördermaßnahme verursacht werden. Mehraufwendungen können nicht gefördert werden.
8. Soweit im Bereich privater Zufahrten Mehraufwendungen im Sinne von § 16 Abs. 1, Satz 1 StrWG NRW entstehen, sind diese Ausgaben zu ermitteln und als nicht zuwendungsfähig abzusetzen.
9. Sofern für aufzunehmendes und nicht mehr verwendetes Material Erlöse erzielt werden können (Wertausgleich), sind diese bei der Vorlage des Verwendungsnachweises von den zuwendungsfähigen Ausgaben abzusetzen oder darauf hinzuweisen, dass dieser in den Einheitspreisen berücksichtigt ist.
10. Der Bezirksregierung ist unverzüglich schriftlich anzuzeigen:
 - Planungs- und / oder Kostenänderungen sowie
 - das Datum der Fertigstellung (Abnahme der wesentlichen Bauteile).

11. Die im Zuwendungsbescheid unter Punkt 4 ausgewiesene Auszahlungsquote wird aus dem Verhältnis der im Muster 2*) ausgewiesenen „zuwendungsfähigen Gesamtausgaben“ zu den dort ausgewiesenen „Gesamtausgaben“ festgesetzt. Dabei sind in den Gesamtkosten nur die „nichtzuwendungsfähigen Ausgaben“ berücksichtigt, die auch im Förderantrag als solche ausgewiesen sind.

- Ausgaben für diese Baumaßnahme, die nicht Gegenstand des Antrages (nGdA) sind, können im Ausgabeblatt Muster 9*) in der Spalte 9 dargestellt werden, dürfen zahlenmäßig jedoch nicht in der Summenbildung der Gesamtausgaben und der nicht zuwendungsfähigen (nzf) Ausgaben mit erfasst werden.
- Bei der Abgrenzung der zuwendungsfähigen Ausgaben sind die „Ergänzenden Hinweise zu den Förderrichtlinien“ zu beachten, die vom für Verkehr zuständigen Ministerium bekannt gegeben werden.
 - Mit Bezug auf die Pos. 01.04.0012, 013, 01.05.0004 ff wird darauf hingewiesen, dass Kontrollprüfungen zu den nicht zuwendungsfähigen Verwaltungsausgaben gehören. Dieser Sachverhalt gilt analog für Vermessungsarbeiten der Pos 1.12.80 ff. im Zuge der Bauüberwachung, -lenkung sowie –abrechnung.
 - Die Ausgaben für Stundenlohnarbeiten sowie Rundung (Pos. 01.09, 01.10, 1.13 ff) können nicht eindeutig abgegrenzt werden und liegen als sog. Bedarfsleistungen außerhalb der Förderung.

12. Bedingt durch den üppigen und randnahen Bewuchs wird angeregt, die Sichtverbindungen (insbesondere bei Stat. 0+940) zu überprüfen.

13. Die Abrechnung der Maßnahme erfolgt nach Vorlage und Prüfung des Verwendungsnachweises gemäß Nr. 7 ANBestG.

14. Es wird davon ausgegangen, dass die jeweils gültigen technischen Regelwerke, die anerkannten Regeln der Technik und Empfehlungen der Planung insgesamt zugrunde gelegt worden sind, damit eine wirtschaftliche Bauweise und die Verkehrssicherheit gewährleistet sind.

Außerdem wird unterstellt, dass die Plandarstellungen in Einklang mit den örtlichen Gegebenheiten gebracht worden sind und die dem Antrag zu Grunde liegenden Mengenansätze korrekt ermittelt wurden.

Weiterhin ist zu bemerken, dass die einzubauenden Baustoffe den jeweils gültigen Güteschutzbestimmungen zu entsprechen haben.

15. Die Einhaltung der Standards der „Empfehlungen für die Radverkehrsanlagen“ (ERA) werden zur Auflage gemacht.

Im Auftrag

gez. Michael Otte

<p>*) Die aufgeführten Muster sind auf der Internetseite der Bezirksregierung Detmold zu finden. www.brdt.nrw.de, Menü 'Aufgaben' → 'Planung und Verkehr' → 'Förderung des kommunalen Straßenbaus'</p>
